Weltchronik

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot**

Band (Jahr): **235 (1962)**

PDF erstellt am: **02.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Weltchronik

(Vom 1. Juni 1960 bis 31. Mai 1961)

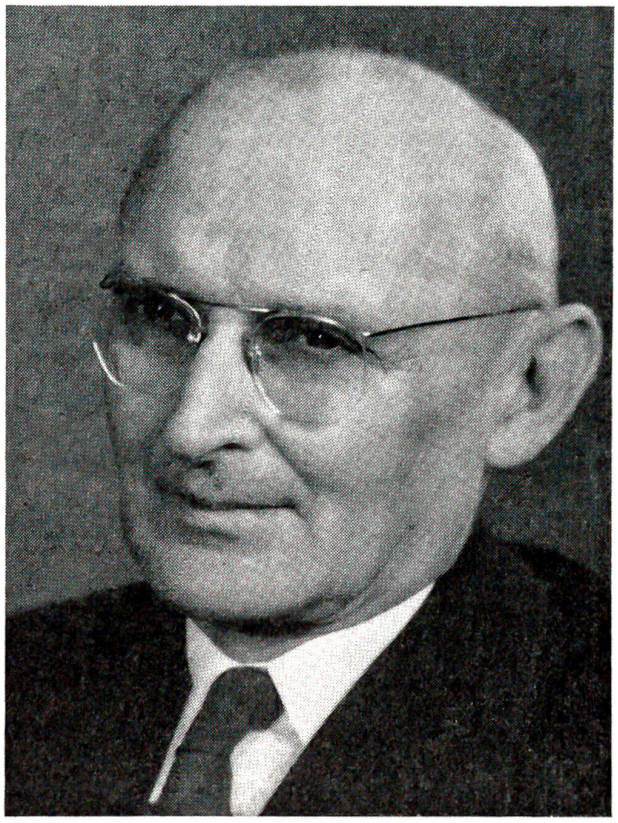
Wenn wir auf unsern Berichtsabschnitt zurückblicken und die Ereignisse in der Weltpolitik des abgelaufenen Jahres an uns vorüberziehen lassen, so sehen wir vier Problemkreise, die im Vordergrund gestanden haben: Die Entwicklung in den Vereinigten Staaten von Amerika, die Einstellung Frankreichs gegenüber seinem brennendsten Problem, der Algerienfrage, das Erwachen Afrikas, eines neuen Kontinentes, und schließlich – wie könnte es in unserer Zeit anders sein – die große und immer noch ungelöste Frage der west-östlichen Beziehungen. Amerika–Frankreich–Afrika–Rußland: räumlich weit voneinander entfernt, ihre Probleme in früheren Zeiten fast völlig unabhängig voneinander; heute aber in gewissem Sinne eng verbunden, indem jedes Ereignis seine Rückwirkungen auf das ganze Weltgeschehen haben kann. Daran zeigt sich die ungeheure Macht der technischen Entwicklung der letzten zwanzig Jahre, die Schrumpfung des Erdballs, das Kleiner-und-Kleinerwerden der Distanzen, bedingt durch Flugverkehr und Nachrichtenübermittlung, aber auch durch Raketen und Satelliten aller Art. Ein Ereignis, das früher rein lokal im Innern Afrikas einige wenige Neger beschäftigte und an der großen Welt spurlos vorüberging, kann heute seine Auswirkungen in wenigen Stunden in Washington, Paris oder Moskau zeigen. Wie groß dadurch die Verantwortung der führenden Politiker, gleich welcher Hautfarbe und welcher politischen Richtung, geworden ist! Es läßt sich nur hoffen, daß es immer wieder Menschen gibt, die sich dieser Verantwortung bewußt sind und ehrlichen Herzens auf das große Ziel hinarbeiten, das sich uns allen stellt, auf den Weltfrieden. Dazu sei aber gleich klar gesagt, daß es für uns nicht um einen faulen Weltfrieden um jeden Preis gehen kann, sondern um einen wirklichen Frieden in Freiheit und Unabhängigkeit, fern von jeder Unterdrückung und Einschnürung der Persönlichkeit.

*

Das große Ereignis in den Vereinigten Staaten von Amerika bildete ohne Zweifel die Präsidentenwahl. Alle vier Jahre wählen die USA nach einem komplizierten Verfahren ihren neuen Staatschef, der wohl über die weitestreichenden persönlichen Machtbefugnisse aller Staatsoberhäupter der freien Welt verfügt. Daß durch die Wichtigkeit dieser Wahl die amerikanische Politik im Wahljahr im Innern und nach außen immer etwas unbestimmt und unberechenbar bleibt, damit wird man sich abfinden müssen. Keine der beiden großen Parteien, der Republikaner und der Demokraten, will sich in diesem Jahr die Finger verbrennen. Keine bringt den Mut zu unpopulären Entschlüssen, die nun einmal in jeder Politik gefaßt werden müssen, auf, und beide versprechen ihren Wählern eine glückliche und sorgenfreie Zukunft. Mit ungeheurem Aufwand an Geld und persönlichem Einsatz wird gestritten, um den Kandidaten der Partei durchzubringen. Während bei den Republikanern, der Partei des bisherigen Präsidenten Eisenhower, der Vizepräsident Nixon bald einmal als Kandidat für die Präsidentschaft auf den Schild gehoben wurde, dauerte es bei den Demokraten länger, bis sie sich auf ihren Kandidaten, John F. Kennedy, einigen konnten. Am 8. November war es soweit: die Auszählung der Stimmen ergab einen äußerst knappen Sieg Kennedys. 49,7% der Wähler stimmten für ihn, während für Nixon 49,6% ausgezählt wurden; 0,7% der Stimmen entfielen auf Außenseiter. Damit war nach acht Jahren der Weg zur höchsten Macht im Staat für die Demokraten wieder frei.

Kennedy, 44jährig, als 34. Präsident der USA der erste Katholik, zeigte schon kurz nach seiner Wahl ganz eindeutig daß er mit jugendlicher Energie und Ungestüm bereit ist, eine neue Ära in der Politik der USA zu eröffnen. Am 20. Januar übernahm er sein Amt, in einer Zeit, die für die USA nicht gerade rosig aussah. Im Wettrennen nach der Beherrschung des Weltraums lag Amerika im Hintertreffen; sein Prestige in der ganzen Welt war im Laufe der letzten Jahre sichtlich gesunken; seine Wirtschaft stand zwar nicht in einer Krise (das Wort wird tunlichst vermieden), aber in einer sogenannten Rezession, in einem Rückgang; Millionen von Arbeitslosen warteten darauf, wieder Beschäftigung zu finden; der Dollar, jahrzehntelang die sicherste Währung der Welt, war durch massive Goldabflüsse aus den USA

gefährdet. In seiner großen Botschaft über den Stand der amerikanischen Nation vom 30. Januar 1961 ließ Kennedy denn auch keine Zweifel darüber offen, daß die Dinge nicht so liegen, wie das wünschbar wäre und daß er entschlossen ist, mit starker Hand Ordnung zu schaffen. Ganz klar sagte der neue Präsident, daß er nicht daran denke, den Dollar abzuwerten, sondern daß er ihn durch Vermeidung unangemessener Dollarausgaben im Ausland und durch Bemühungen, ausländisches Investitionskapital und einen Strom von Touristen nach den USA zu lenken, stützen würde. Großes Gewicht will Kennedy ferner auf die Verbesserung der Schulverhältnisse und die Unterstützung der wissenschaftlichen Forschung legen. In bezug auf die Außenpolitik legte er dar, daß es das Bestreben seiner Regierung sein werde, gute Beziehungen zu allen Staaten, die guten Willens seien, zu unterhalten. Eindringlich betonte er aber, daß man sich nicht dem Gedanken hingeben dürfe, die Sowjetunion und Rotchina hätten ihre Pläne zur Welteroberung aufgegeben und zeigte so, daß er nicht gewillt ist, sich von dieser Seite her überspielen zu lassen.

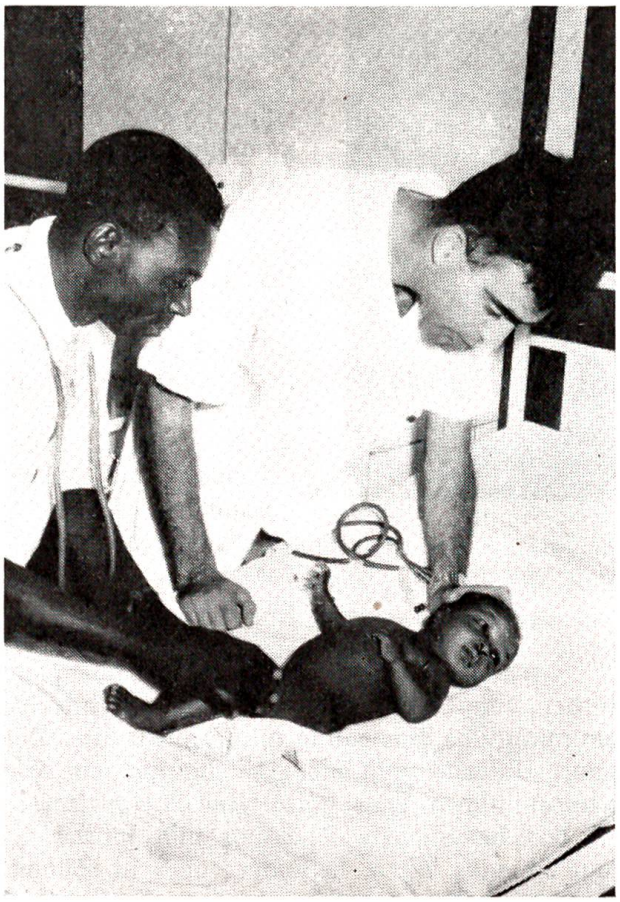


Friedrich T. Wahlen,
Bundespräsident für das Jahr 1961

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Die Entwicklung hat ans Licht gebracht, daß dieses Programm nicht nur auf dem Papier steht. Besonders auffallend war das sofortige Bemühen, neuen Kontakt mit dem Osten zu bekommen, wobei die bisherige Politik der offenen Türe und der spektakulären Großaktionen vorerst aufgegeben wurde. Die Diplomatie alter Schule kam wieder zu Ehren, das vorsichtige und leise Kontaktsuchen der diplomatischen Dienste, sei es nun in Washington, in Genf an der Atomenergiekonferenz, in Moskau über den Botschafter der USA oder in Bonn, Paris und London. Dabei scheint sich Kennedy zum Glück durchaus bewußt zu sein, daß nur klares und sehr bestimmtes Auftreten den Machthabern im Kreml gegenüber wirksam sein kann. Das bewies seine Haltung in der Krise um Laos, wo ein Staatsstreich im August den Prinzen Souvanna Phouma an die Macht gebracht hatte. Im Oktober brach eine Gegenrevolution aus, die schließlich zu einer Verständigung der Regierung mit der linksextremen Bewegung des Pathet Lao in Nordlaos führte. Aber schon im Dezember mußte Souvanna Phouma ins Exil fliehen und es kam zu Kämpfen zwischen dem Pathet Lao und rechtsextremen Kräften, die einmal dieser, einmal jener Partei Erfolge brachten. Unterstützt durch sowjetische Waffen und andere Hilfe, die auf dem Luftwege im Norden des Landes eintrafen, dehnte sich die kommunistische Bewegung immer mehr aus. Das konnte Amerika nicht mehr gleichgültig sein. Ein kommunistisches Laos hätte seine Auswirkungen auf das benachbarte Thailand und würde die Lage in ganz Asien, besonders aber in Südostasien zugunsten der Kommunisten stark verbessern. Ohne viel Aufhebens dirigierte deshalb Kennedy amerikanische Verstärkungen in die Nähe des Gefahrenherdes und unterstützte tat-

kräftig den britischen Vorschlag an Moskau, eine internationale Konferenz solle über das Schicksal von Laos entscheiden. Er stellte jedoch die Bedingung, daß vorerst einmal ein Waffenstillstand geschlossen werde und das Land in Ruhe die Entscheidung abwarte. Angesichts dieser entschlossenen Haltung des amerikanischen Präsidenten stimmte Chruschtschew dem Vorschlag zu. Langwierige Verhandlungen waren nötig, um zu einem Waffenstillstand in Laos zu kommen. Die nach Genf angesetzte Konferenz wurde sich dann schon darüber nicht einig, wer als Delegation von Laos anerkannt werden sollte und wer nicht, so daß die Situation nicht gerade erfolgversprechend aussieht. Ungünstig für den Westen dürfte sich bei den kommenden Verhandlungen auswirken, daß es dem Pathet Lao gelungen ist, einen großen Teil des Landes unter seine und damit praktisch unter russische Kontrolle zu bringen.



Eine schweizerische Ärzte-Equipe arbeitet im Auftrag des Roten Kreuzes im belgischen Kongo.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

*

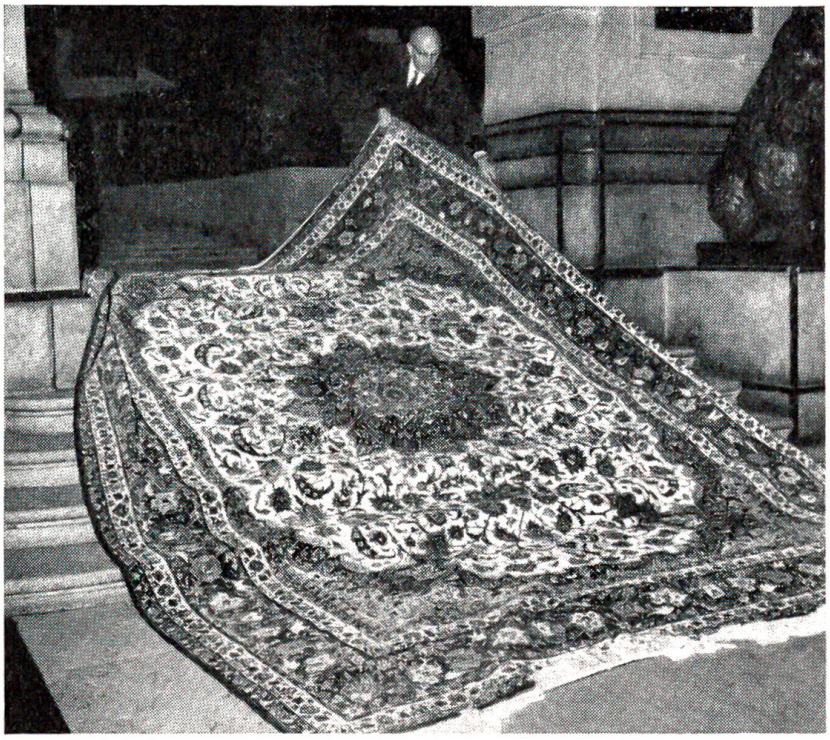
Im übrigen zeigt sich heute in den USA wieder ein erfreulicher Aufschwung, namentlich in wirtschaftlicher Hinsicht. Kennedy blieb aber auch vor Rückschlägen nicht verschont. So endete z.B. die Aktion in Kuba im April mit einem völligen Fiasko. Kubanische Streitkräfte, die bei der Machtergreifung durch Fidel Castro außer Landes, meist nach den USA, geflohen waren, hatten versucht, durch eine Landung auf Kuba und nachfolgende Operationen im Innern des Landes das Regime Castros zu stürzen. Wenn sich die USA formell auch unbeteiligt an dieser Aktion gaben, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß sie das Vorhaben der Rebellen unterstützten. Schlecht vorbereitet, mangelhaft angesetzt und dilettantisch durchgeführt, war aber das Unternehmen zum Scheitern verurteilt, nicht zuletzt deshalb, weil die mit viel Optimismus erwartete Reaktion der Gegner Castros in Kuba selbst völlig ausblieb, zur großen Freude der kommunistischen Staaten.

Ein grelles Licht auf die unmenschlichen Verhältnisse, die heute in der Weltpolitik herrschen, warf das Angebot Fidel Castros, den Vereinigten Staaten 1200 gefangene Kubaner im Austausch gegen 500 Traktoren zu überlassen. Natürlich kann Amerika dieses Angebot nicht offiziell annehmen. Eine private Gruppe aber, der unter andern die Gattin des ehemaligen Präsidenten Roosevelt, Mrs. Eleanor Roosevelt, und der Bruder des Vorgängers von Kennedy, Milton Eisenhower, angehören, nahm die Verhandlungen auf und hofft, auf diese Weise 1200 Menschen ihr Los zu erleichtern, ja sie vielleicht gar vor dem Tode zu retten.

*

Dramatisch, traurig und für viele Außenstehende unbegreiflich, entwickelten sich im vergangenen Jahr die Beziehungen Frankreichs zu Algerien. Der Krieg, den die Franzosen seit Jahren in diesem Lande gegen, wie sie sie nennen, Aufständische führen und der dem Mutterland ungeheure Lasten aufgebürdet hat, dauerte weiter an. Wäh-

rend die früher führende Kolonialmacht England schon vor Jahren eingesehen hat, daß die Zeiten des Kolonialismus alten Stils wohl endgültig vorbei sind und daß es klüger ist zu versuchen, aus ehemaligen Untertanen gleichwertige Partner, ja Freunde zu machen, lagen die Verhältnisse in Frankreich anders. Algerien, das nicht eine eigentliche Kolonie bildete, sondern schon im 19. Jahrhundert ein Glied des französischen Staates mit eigenen Départements und eigenen Deputierten in der Nationalversammlung in Paris wurde, bildet in der Tat einen Sonderfall. Für Hunderttausende von Franzosen stellt Algerien die Heimat dar; Milliarden von französischen Franken wurden von privater und staatlicher Seite in dem Lande investiert. Die neun Millionen Einheimischen aber kümmerten sich wenig um diese Tatsache, sondern verlangten ihre volle Unabhängigkeit, die sie in blutigen Kämpfen zu erobern gewillt sind.



Ein fürstliches Geschenk:
Der Schah von Persien hat dem Bundesrat einen prachtvollen Teppich überreichen lassen.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Der Konflikt brach am 1. November 1954 aus. Während anfangs sich die Feindseligkeiten auf einige Einzelaktionen beschränkten, da die Franzosen ihren Gegner bei weitem unterschätzt hatten, entwickelte sich in der Folge ein regelrechter Krieg, der heute über eine halbe Million Franzosen ständig unter den Waffen hält. Was das im Zeitalter der Personalknappheit und der wirtschaftlichen Blüte heißt, kann man sich leicht ausrechnen. Nach französischen Zahlen sind bis jetzt 130 000 Algerier und 10 000 französische Soldaten gefallen, neben enormen Verlusten in der Zivilbevölkerung.

Im Juni 1960 richtete de Gaulle ein Angebot zu Waffenstillstandsverhandlungen an die Führer der Aufständischen. Über ergebnislose Vorverhandlungen in Melun im Juli mit der provisorischen Regierung der Republik Algerien kam man aber vorläufig nicht hinaus. Ferhat Abbas, der Ministerpräsident der provisorischen Regierung, besuchte darauf Ende September China und die Sowjetunion. Es kam dabei praktisch zu einer Anerkennung seiner Regierung durch die Sowjetunion, die sich die Chance, nach außen als Volksbeglückerin und Bekämpferin des bösen Kolonialismus aufzutreten, natürlich nicht nehmen ließ.

Im Dezember spitzte sich die Lage in Algerien zu. Der von großem persönlichen Mut zeugende Besuch des soeben 70 Jahre alt gewordenen Staatschefs de Gaulle löste zuerst Streiks und Demonstrationen der französischen Siedler aus, die in de Gaulles Vermittlungspolitik die Preisgabe ihrer Interessen in Algerien sehen. Die Gegenpartei, die Anhänger des FLN (Front de la Libération Nationale), blieb auf diese Aktion hin nicht müßig; sie antwortete mit Gegendemonstrationen, Attentaten und ganzen Straßenschlachten, die über 100 Tote forderten. Am 19. Dezember anerkannte die UNO-Generalversammlung das Recht Algeriens auf Unabhängig-

keit, trotz des Widerstandes der französischen Regierung.

Von jeher war es die Absicht de Gaulles gewesen, in einer Volksabstimmung die Meinung der Franzosen zum Algerienproblem zu erforschen. Während er aber ursprünglich geglaubt hatte, er könne drei Vorschläge zur Auswahl vorlegen (Zustand in Algerien wie vor 1954: „Algérie française"; nach außen unabhängiges, aber nach innen ganz auf Frankreich angewiesenes Algerien; unabhängiges Algerien: „Algérie algérienne"), zeigte ihm die Entwicklung bald einmal, daß eben nur noch die dritte Lösung in Frage kommen konnte. Ja, man mußte froh sein, wenn es gelingen sollte, die Interessen der vielen französischen Siedler und der franzosenfreundlichen Mohammedaner zu wahren. Die vom 6. bis 8. Januar 1961 durchgeführte Volksbefragung ergab für de Gaulle einen gewaltigen Triumph, wenigstens im französischen Mutterland. 15 Millionen gegen 5 Millionen lautete das Ergebnis: 15 Millionen Franzosen zeigten mit ihrer Stimmabgabe, daß es ihnen heute nur noch um eines geht: Friede in Algerien, Schluß mit diesem unglücklichen, verfuhrwerkten Abenteuer, auch um den Preis hoher Entschädigungen an Rückwanderer aus Algerien.

Dieser positive Ausgang der Abstimmung leitete zu neuen Annäherungsversuchen über. Im April schien es endlich so weit zu sein, daß sich Franzosen und Vertreter der provisorischen Regierung Algeriens an den Verhandlungstisch setzen würden. Evian am Genfersee war als Tagungsort dieses wichtigen Gesprächs ausersehen worden. Die algerische Delegation hatte Genf als ihren Aufenthaltsort gewählt und damit der Genfer Polizei eine schwere und delikate Schutzaufgabe gestellt. Daß die Delegation mit Recht um ihre Sicherheit besorgt war, zeigte der abscheuliche und gemeine Mord am Bürgermeister von Evian, der, obschon an den Verhandlungen nicht oder nur als „Gastgeber" beteiligt, einem Sprengstoffanschlag französischer Extremisten zum Opfer fiel. Am Vorabend der Konferenz weigerte sich dann die algerische Delegation zu den Verhandlungen zu erscheinen, da Frankreich parallel mit den Gesprächen in Evian auch in Paris mit einer anderen Gruppe des zerrissenen Algeriens zu unterhandeln wünschte.

Die dramatischen Ereignisse der Nacht vom 21. auf den 22. April brachten dann noch einmal eindrücklich an den Tag, in welch schwieriger Lage sich Frankreich, namentlich aber de Gaulle, befinden. Völlig überraschend ergriffen in dieser Nacht die Generäle Challe, Salan, Jouhaux und Zeller mit Hilfe eines Fallschirmerregiments der Fremdenlegion die Macht in Algerien. Bald einmal waren die wichtigsten Städte, Algier, Oran und Constantine, in der Hand der Rebellen. Die französischen Siedler, die plötzlich wieder an ein französisches Algerien zu glauben begannen, jubelten den Putschisten zu. Über ganz Frankreich wurde der Notstand verhängt. In Paris fuhren Panzer und Lastwagen mit regierungstreuen Truppen auf und besetzten die wichtigsten Schlüsselstellungen, da man kurze Zeit an einen Angriff der Fallschirmtruppen auf Paris und damit an den offenen Bürgerkrieg glaubte. Eine Reihe von Sprengstoffanschlägen in Gepäckabgaben von Bahnhöfen, auf Flugplätzen, in Büros usw. schien in diese Richtung zu weisen. Aber schon vier Tage nach seinem Ausbruch brach der Aufstand zusammen, die Generäle flohen und de Gaulle hatte wieder einmal einen, diesmal wohl seinen wichtigsten Sieg errungen. Die meuternden Truppenverbände wurden aufgelöst und durch zuverlässige Regimenter ersetzt. Daneben trieb de Gaulle die Bemühungen um die Verhandlungen mit dem FLN weiter; es kam nun doch noch zu Verhandlungen in Evian die zur Zeit der Abfassung dieses Berichtes noch andauern.

Heute läßt sich nicht mit Sicherheit voraussehen, wie die schwierige Situation gemeistert werden wird. Eines aber darf gesagt sein: Jede Verzögerung in der Herbeiführung einer Entspannung zwischen Algerien und Frankreich, jedes ungeschickte Verhalten der verantwortlichen Leute, namentlich auf seiten Frankreichs, leitet Wasser auf die Mühlen der Kommunisten. Wenn es nicht gelingt, zu einer befriedigenden Lösung zu kommen, werden neue und für die freie Welt gefährliche Konsequenzen nicht ausbleiben.

*

Wir haben oben gesagt, daß Afrika im vergangenen Jahr erwacht sei. Das ist nicht so aufzufassen, daß ganz Afrika auf einen Schlag zum

Bewußtsein seiner Stärke gekommen wäre. Es gilt vor allem für einige bisherige Kolonien, die nun selbständige Staaten geworden sind und als solche auch als Mitglieder in die UNO aufgenommen wurden: Kamerun, Togo, Madagaskar, Somalia, die Zentralafrikanische Republik, Dahomey, Gabun, Elfenbeinküste, Niger, Obervolta, Mali (Sudan), Senegal, Nigeria. Das Musterbeispiel eines Staates aber, dem die Unabhängigkeit wegen der kurzsichtigen Politik der bisherigen Machthaber unvorbereitet zufiel, bildete der Belgische Kongo. Am 1. Juni 1960 wurde dieser Staat unabhängig. Daß sich eine solche Umwälzung nicht durch eine Unterschrift oder sonstwie auf dem Papier endgültig herbeiführen läßt, bewiesen die Ereignisse in der Folge allen jenen, die daran noch gezweifelt haben mochten. Die kongolesischen Ordnungstruppen meuterten gegen die belgischen Offiziere und es kam zu wüsten Ausschreitungen gegen die belgische Zivilbevölkerung. Belgische Fallschirmtruppen griffen ein, um Leben und Gut ihrer Mitlandsleute zu schützen. In einer Großaktion wurden belgische Siedler zu Tausenden in die Heimat zurückgeführt. Während sich der kongolesische Außenminister um Hilfeleistung an die USA wandte, tat der Ministerpräsident Lumumba dasselbe, aber an die Russen. Die USA lehnten eine Einmischung ab. Am 14. Juli beschloß der UNO-Sicherheitsrat militärisch einzugreifen und ersuchte die Belgier um Rückzug ihrer Truppen. Es ist das Verdienst des Generalsekretärs der UNO, Hammarskjöld, daß durch diese Aktion die Gefahr eines Krieges, wie er in Korea ausgebrochen war, vorläufig gebannt werden konnte.

Das Landgut „Lohn" bei Kehrsatz,
das dem Bundesrat für offizielle Empfänge und als Gästehaus zur Verfügung steht, ist sorgfältig renoviert worden.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Einen weitern Höhepunkt erreichten die Ereignisse im September, als sich Staatspräsident Kasavubu und Ministerpräsident Lumumba gegenseitig absetzten. Wäre nicht soviel auf dem Spiel gestanden, hätte man sich als Beobachter nicht vor einem ernsten politischen Problem, sondern vor einem amüsanten, etwas grotesken und unwahrscheinlichen Theaterstück geglaubt. Schließlich griff Oberst Mobutu, der Generalstabschef der kongolesischen Armee ein und übernahm die Macht, wies die sowjetischen und tschechoslowakischen Diplomaten aus und legte sowohl Kasavubu als auch Lumumba lahm.

Kritisch wurde die Lage erneut im März 1961, als Lumumba, der gefangengehalten worden war, auf einem Fluchtversuch ermordet wurde. Wieder aber gelang es der UNO, das Schlimmste zu verhüten, nämlich das selbständige Eingreifen einer östlichen oder auch westlichen Macht in diesen afrikanischen Konflikt, das wohl unweigerlich zu schwersten Problemen, vielleicht gar zu einem neuen Weltkrieg, geführt hätte. Selbständige Verhandlungen der Kongolesen, die unter sich alles andere als einig sind, sollen nun zu einer

Lösung führen. In der Kongostadt Coquilhatville wird beraten und gegenwärtig steht ein Vorschlag im Vordergrund, der aus dem Kongo einen Bundesstaat in der Art der schweizerischen Eidgenossenschaft machen möchte.

Ein erfreuliches Ereignis all der Wirren in Afrika darf doch wohl festgehalten werden: Die Wirksamkeit des für die Erhaltung des Weltfriedens geschaffenen Instrumentes der Vereinten Nationen. Welche gewaltigen inneren Spannungen aber gerade innerhalb dieser Organisation herrschen, das kam in jenen bewegten Tagen, namentlich in der ordentlichen Generalversammlung vom 20. September bis 14. Oktober 1960, zum Vorschein. Prominenteste Staatsmänner betraten dort das Theater des Weltgeschehens: der eine maßlose, unverfrorene Sprache führende Chruschtschew, der einen Schuh auszog, um damit auf seinem Pult herumzuhämmern, Fidel Castro, der vom Bandenführer zum Staatschef des immer kommunistenfreundlicheren Kuba aufgerückte Rebell, der kalte Engländer Macmillan, der Vermittlung suchende indische Präsident Nehru und schließlich auch der alt und müde gewordene Eisenhower, dem man einen ruhigeren Abgang von der Bühne nach seinen acht anstrengenden Präsidentenjahren gerne gegönnt hätte. Der ganze offene Haß der Kommunisten äußerte sich in unflätigen Brandreden gegen Hammarskjöld. Das war immerhin indirekt eine deutliche Anerkennung der Tätigkeit dieses geradlinigen und mutigen Mannes, der auf den Weltfrieden hin arbeitet, als uneigennütziger Diener seines Herrn: der Vereinten Nationen.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen in Afrika muß noch erwähnt werden, daß im März 1961 sich die Südafrikanische Republik aus dem Kreise des britischen Commonwealth loslöste, um fürderhin in absoluter Selbständigkeit zu leben. Daß sich dieser Schritt ohne große Schwierigkeiten tun ließ, stellt den Engländern ein gutes Zeugnis aus, so daß sie, trotz dem Verlust dieses rohstoffreichen Landes, einen Prestigegewinn buchen können, der sich auf die Dauer wohl eher günstig auswirken wird.

*

Nachdem im Jahre 1957 die Russen mit dem ersten Abschuß eines Satelliten das Zeitalter des Weltraumfluges eröffnet hatten, gelang es ihnen am 12. April 1961 mit dem ersten Weltraumflug eines Menschen einen weitern großen Erfolg zu erzielen. Das fast fünf Tonnen schwere Raumschiff wurde mit einer mehrstufigen Rakete auf seine Umlaufbahn um die Erde gebracht. In 90 Minuten umkreiste es

Olympische Sommerspiele in Rom:
Unser Bild zeigt einen der erfolgreichsten schweizerischen Leichtathleten, den 400-Meter-Hürdenläufer Bruno Galliker, der bis in den Final vorstieß. Hier ist er im Ziel gestürzt; ein Amerikaner und ein Deutscher bemühen sich kameradschaftlich um ihn.

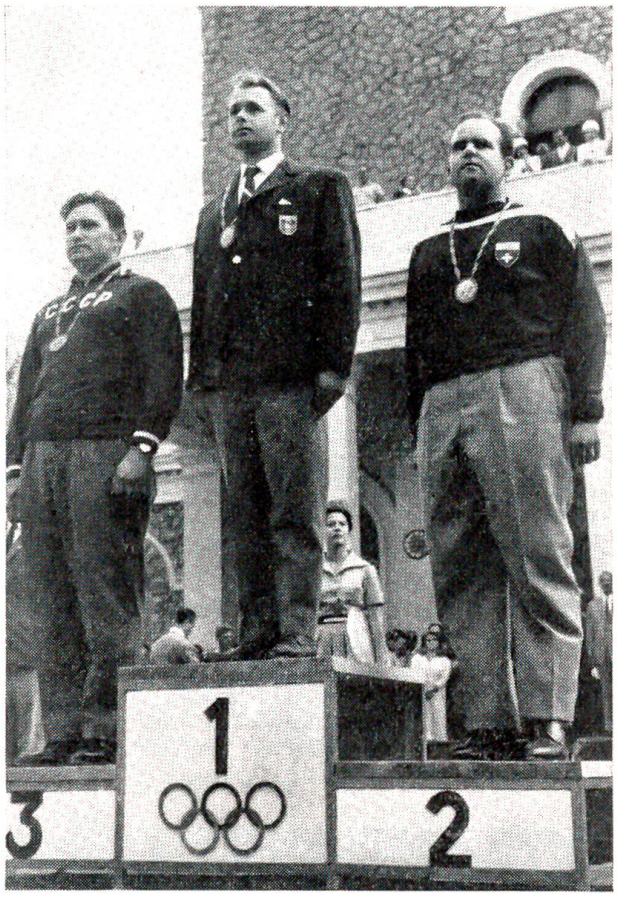
Photopreß-Bilderdienst, Zürich

den Erdball in einer Entfernung von 175–302 Kilometern. Nach fast zwei Stunden Flugzeit kehrte das Raumschiff mit seinem wohlbehaltenen Insassen, dem russischen Fliegermajor Gagarin, wieder auf die Erde zurück. Diese großartige technische Leistung wurde in der Folge, wie nicht anders zu erwarten, politisch weidlich ausgeschlachtet.

Einmal mehr scheint sich die rücksichtslose Konzentration aller wissenschaftlichen, technischen und finanziellen Mittel auf das Erreichen eines spektakulären Einzelziels gelohnt zu haben, denn der Großerfolg verfehlte seine Auswirkungen innen- und außenpolitisch nicht. Während er innenpolitisch zweifellos zu einer Stärkung der Stellung und des Prestiges von Chruschtschew beitrug, sind es außenpolitisch wohl die Auswirkungen auf die sogenannten unterentwickelten Länder, die nicht übersehen und nicht unterschätzt werden dürfen. Die russische Propaganda in diesen Ländern sorgt bestens dafür, daß der Erfolg als der Erfolg des jungen, stolzen sozialistischen Wunderstaates gegenüber dem verknöcherten, auf dem Abstieg befindlichen kapitalistischen Westen dargestellt wurde. Da war es denn doppelt erfreulich, daß kurz darauf auch den Amerikanern ein bemannter Weltraumflug von 185 km Höhe und allerdings kürzerer Dauer als der russische gelang. Der Pilot, Commander A. Shepard, landete wie vorgesehen wohlbehalten mit seiner Weltraumkapsel, die er selber gesteuert hatte, im Pazifischen Ozean.

Neben dem russischen Großerfolg darf man aber nicht übersehen, daß das vergangene Jahr dem Osten auch Rückschläge und Enttäuschungen gebracht hat. So war es vor allem der Fehlschlag der rotchinesischen und sowjetischen Agrarpolitik, der zu katastrophaler Hungersnot und schweren inneren Problemen Chinas, aber auch Rußlands führte. Das dadurch angeschlagene Prestige Chruschtschews, der sich selber immer als großen Landwirtschaftsexperten empfohlen hatte, wurde durch Gagarins Erfolg wieder aufpoliert.

Aber auch das Andauern des Flüchtlingsstroms aus Ostdeutschland nach dem Westen, der der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik schwerste Verluste an ausgebildeten und für Technik und Schulung wichtigen Leuten bringt, zeigt, daß die Dinge nicht überall zum besten stehen. Ein besonders prominenter Flüchtling des vergangenen



Olympische Sommerspiele in Rom:
Siegerehrung im Stutzer-Dreistellungsmatch. Im zweiten Rang mit der Silbermedaille der Schweizer Hansruedi Spillmann.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Jahres war der Leiter des Thomanerchores in Leipzig, Professor Dr. Kurt Thomas. Er stellte resigniert fest, daß die ständigen Einmischungen der Regierung es unmöglich machten, die Reinheit der religiösen Tradition dieses jahrhundertealten Chors zu wahren. Unter diesen Umständen sei es ihm nicht mehr möglich, die erzieherische Aufgabe zu erfüllen, die dem Thomaskantor obliege. Ob die Jugend des Ostens, die seit ihrer Geburt nie etwas anderes gekannt hat, als massive Propaganda, dieser schließlich völlig erliegen wird oder nicht, das ist die große Frage. Sorgfältig verhütet der Osten allzu intensive Kontakte und vor allem unbeaufsichtigte Kontakte der Jugend

Großbrand in Gümligen

Zum zweitenmal innerhalb der letzten 15 Jahre entstand in der Sägerei Flückiger ein Großbrand. Der hervorragenden Arbeit der Feuerwehr ist es zu verdanken, daß das Feuer lokalisiert werden konnte.

Photo W. Rydegger, Bern

mit dem freien Westen. Ebenso sorgfältig bemüht er sich aber auch, seinen Einfluß in den sogenannten unterentwickelten Ländern geltend zu machen. Studenten aller Rassen studieren unter günstigen Bedingungen in Moskau, und es ist wohl an der Zeit, daß wir auch unserseits in dieser Hinsicht nicht müßig bleiben. Es ist erfreulich zu sehen, daß der Westen und insbesondere auch die USA einzusehen beginnen, daß es von uns abhängt, wie die Entwicklung in den neugeschaffenen Staaten verlaufen wird.

*

Noch vieles wäre aus der Politik der großen Welt zu vermelden: von den Problemen Belgiens, das einen wochenlangen Generalstreik und schwere innere Wirren über die Jahreswende 1960/61 über sich ergehen lassen mußte; vom Aufstand in Abessinien gegen den Negus, der noch vor kurzem erst unser Land besucht hat und der in der Auseinandersetzung schließlich Sieger blieb; vom erfreulichen Aufstieg Europas, das in wirtschaftlicher Hinsicht auf ein Rekordjahr zurückblicken kann; von den für uns schwer faßbaren, erbitterten Kämpfen der Neger in den Südstaaten der Vereinigten Staaten um ihre Gleichberechtigung neben den Weißen; von den schrecklichen Flugzeugkatastrophen über New York und München, die innert weniger Tage nahezu 200 Menschen das Leben kosteten. Aber der Chronist will sich nicht zu lange im Ausland verweilen, möchte er doch noch auf unser Land zu sprechen kommen. Ein Ereignis indessen soll doch noch kurz gestreift werden, weil es ein Stück Seeräuberromantik in unser aufgeklärtes und nüchternes Zeitalter gebracht hat, nämlich die Meuterei auf der „Santa Maria".

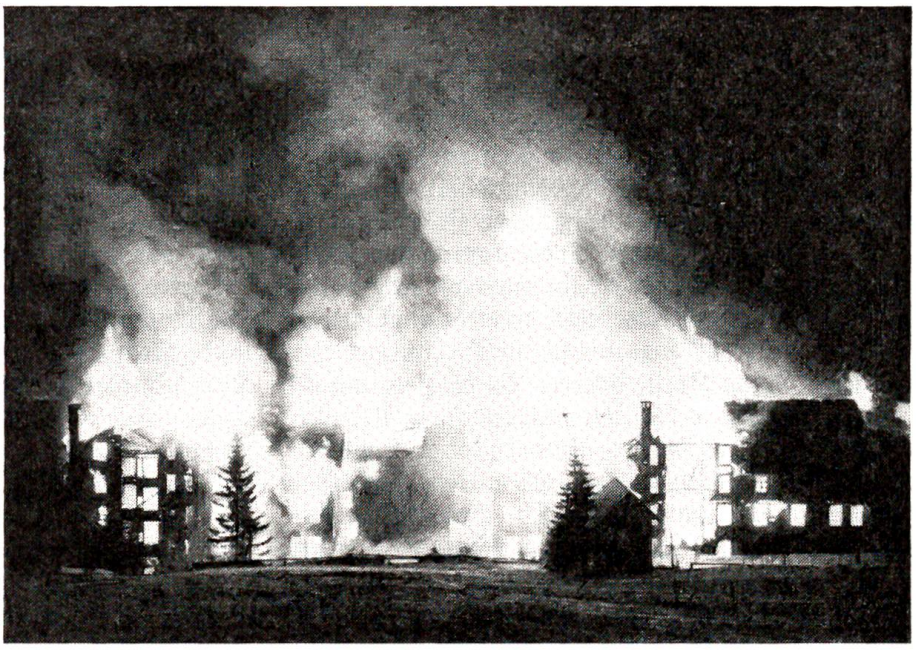
In Portugal, wie fast überall auf der Welt, wo ein diktatorisches oder diktatorisch gefärbtes Regime herrscht, hat sich eine starke Opposition gebildet, die aber nach außen nie besonders hervortrat. Am 24. Januar überwältigte nun ein Gegner des Regimes, Hauptmann Galvao, mit Hilfe eines Teils der Passagiere auf hoher See die Besatzung des portugiesischen 20 000-Tonnen-Dampfers „Santa Maria" und übernahm das Kommando über das Schiff. Über 600 Passagiere, die nach Miami in den USA hatten fahren wollen, kamen in der Folge in den Genuß einer unfreiwilligen abenteuerlichen Seefahrt. Trotz Suchaktionen von Schiffen aller möglichen Nationen blieb die Santa Maria tagelang unauffindbar. Galvao drohte, das Schiff zu versenken, wenn es aufgehalten würde, verhandelte über Funk mit Portugal und mit emigrierten Portugiesen in Brasilien und brachte dadurch die Vereinigten Staaten, die von der portugiesischen Regierung um Hilfe gebeten worden waren, in eine äußerst peinliche Lage: einerseits wollte man Portugal nicht vor den Kopf stoßen, andererseits aber auch einen Diktator nicht unterstützen und schließlich auch nicht allzuviel Aufsehen erregen. Galvao hatte unter-

dessen das Schiff in „Santa Libertade" (Heilige Freiheit) umgetauft und weigerte sich, irgendwo anzulegen, solange nicht den Passagieren sicheres Anlandgehen und ihm ein Aufenthalt im Exil zugesichert würden. Als sich aber weder in Portugal selbst, noch in den von Portugal beherrschten außereuropäischen Gebieten massiver Widerstand gegen die Regierung erhob, entschloß er sich schließlich, in Recife in Brasilien zu landen, wo er das Schiff am 4. Februar einem brasilianischen Admiral übergab, der es seinerseits offiziell Portugal zurückerstattete. Galvao selbst begab sich in Brasilien ins politische Exil.

*

Wenn wir uns nun den Ereignissen in der Schweiz zuwenden, so dürfen wir wohl gleich am Anfang dankbar feststellen, daß wir auf ein Jahr der wirtschaftlichen Blüte Rückschau halten. Vor schweren inneren Konflikten blieb unser Land auch im Berichtsjahr verschont. Zwar gingen die Wogen des Meinungsstreites, namentlich im Zusammenhang mit zwei Volksabstimmungen, recht hoch; aber das ist kein Grund zum Pessimismus, sondern im Gegenteil ein Zeichen erfreulicher Anteilnahme unseres ganzen Volkes an den Problemen des Alltags. Die erste Abstimmung, diejenige vom 4. Dezember 1960, betraf den sogenannten Milchbeschluß. Um der Milchschwemme zu steuern, hatte der Bundesrat ursprünglich beschlossen, bei allen Bauern, die zuviel Milch abliefern, sechs Rappen pro Liter zurückzubehalten. Er wollte damit erreichen, daß die unsinnige Produktion, die oft nur unter Verwendung ausländischer Futtermittel möglich ist, in normale Bahnen zurückgeführt wird. Das Parlament fand diese Maßnahme zu einschneidend und goß Wasser in den Wein (nicht in die Milch). Man einigte sich auf vier Rappen nachträglichen Abzug für die Überlieferer. Zum allgemeinen Erstaunen ergriffen Duttweiler und seine Partei des Landesrings der Unabhängigen das Referendum. Duttweiler vertrat die Auffassung, es gehe vor allem darum, den Milchkonsum zu fördern und nicht darum, die Produktion einzuschränken. In einem Großversuch in Zürich, bei dem Milch nicht nur in den Milchgeschäften, sondern in allen Filialen der Migros zu beziehen war, wollte er beweisen, daß der Fehler am mangelhaften Verteilungssystem liege. Trotz gewaltiger Propaganda hatte der Versuch aber nur einen äußerst bescheidenen Erfolg. Das Referendum kam aber zustande. Bei 47 % Stimmbeteiligung erklärten sich 396 000 Schweizer für die Lösung des Parlamentes, 308 000 waren dagegen.

Die zweite noch heftiger umstrittene Volksabstimmung fand am 5. März 1961 statt. Zur Finanzierung des Autobahnbaus glaubte der Bund pro Liter Benzin einen Zuschlag von sieben Rappen erheben zu müssen, um zu verhindern, daß unsere Nachfahren noch an den gewaltigen



Großbrand im über 100 Jahre alten Hotel Rigi Kaltbad im Februar 1961. Die Katastrophe forderte unter den rund 250 Bewohnern des Hotels 11 Tote.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Lasten, die diese Straßen nun einmal mit sich bringen, mitzutragen hätten. Im Abstimmungskampf kam deutlich zum Ausdruck, daß das Volk in seiner überwiegenden Mehrheit den Autobahnbau befürwortet. Die Geister schieden sich aber an der Finanzierung. 433 000 Schweizern, die die sieben Rappen für tragbar hielten, standen 496 000 entgegen, denen das Auto- und Motorradfahren bei diesem Benzinpreis zu teuer schien. Das beachtenswerteste Detail an dieser Abstimmung ist doch wohl, daß eine Vorlage, die eigentlich nur die motorisierten Bürger betraf, eine Stimmbeteiligung von über 60% und einen derart scharf geführten Abstimmungskampf auslösen konnte. Noch vor wenigen Jahren wäre das niemals der Fall gewesen. Das Resultat ist indirekt als eine Folge des allgemeinen Wohlstandes zu werten, ist heute doch jeder sechste Schweizer motorisiert!

In bezug auf die Stimmbeteiligung brachte das Jahr im Kanton Bern wahrscheinlich einen negativen Rekord, bemühten sich doch am 3. Juni ganze 14% der Stimmberechtigten an die Urnen, um einen allerdings unumstrittenen Kredit für die Förderung des Wohnungsbaus von 4,5 Millionen Franken zu genehmigen.

*

Neben vielen andern waren es zwei große Probleme, die unser Land im abgelaufenen Jahr beschäftigt haben: Einmal die Knappheit an Personal in allen Berufen und zum zweiten die Eingliederung der Schweiz in die kommende Neuorganisation Europas. Während das erste praktisch jeden Bürger interessiert, da er es am eigenen Leib verspürt, ist das zweite noch nicht ins Bewußtsein weiter Kreise unseres Volkes gedrungen. Gegen eine halbe Million ausländischer Arbeitskräfte ist zurzeit in der Schweiz tätig. Das sind mehr Leute als noch 1941 gesamthaft dem Fabrikgesetz unterstanden! Es gibt Berufe, wie das Gastgewerbe und die Landwirtschaft, in denen heute wesentlich mehr ausländische als einheimische Arbeitskräfte tätig sind. Aber auch in der Industrie gibt es kaum noch Betriebe, deren Anteil an ausländischen Arbeitskräften unter 15% liegt; oft erreicht er einen Viertel, und auch höhere Prozentsätze sind keine Seltenheit mehr. Trotz diesem Heer von Ausländern übersteigt die Zahl der offenen Arbeitsplätze die Zahl der Arbeitslosen ständig um etwa das Zehnfache. Da nun auch in den umliegenden Ländern die Zahl der offenen Stellen ständig stieg, der Bedarf an Arbeitskräften mithin zunahm, genügten erstmals die „traditionellen" Fremdarbeiter aus Italien, Österreich, Deutschland usf. nicht mehr. Zurzeit sind noch Spanien und Griechenland Reservoire von Arbeitskräften, doch stellt sich bei diesen Leuten das Problem der Sprache wesentlich schärfer als bei Italienern oder gar Deutschen.

Die zweite Frage, die Eingliederung der Schweiz in die europäische Neuordnung, hat der Chronist schon in früheren Jahren gestreift. Ursprünglich war geplant gewesen, ganz Europa in eine einheitliche Freihandelszone zusammenzufassen, doch scheiterte damals der Plan an der starren Haltung Frankreichs und an den zu weit gehenden politischen Konzessionen, die von den Mitgliedstaaten gefordert wurden. Das führte zu der wirtschaftlich gesehen völlig unsinnigen Zweiteilung Europas in EWG und EFTA. Der Beitritt der Schweiz zur EFTA (European Free Trade Association, Europäische Freihandelsassoziation) im Jahre 1960 hat bewiesen, daß wir uns nicht hinter unsern Mauern verstecken wollen und können, wenn wir uns nicht wirtschaftlich und politisch isolieren, ja aufgeben wollen. Der EFTA gehören neben der Schweiz noch Großbritannien, Schweden, Dänemark, Norwegen, Portugal und Österreich, in freierer Bindung seit 1961 auch Finnland an. Ihr Konkurrenzunternehmen, die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft" (EWG) umfaßt die Länder Westdeutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg. Das vergangene Jahr brachte in beiden Blöcken Zollsenkungen, wie das von allem Anfang an geplant war, es brachte aber auch die EFTA etwas ins Wanken. Diese Siebnergruppe, wirtschaftlich ohnehin schwächer als die EWG, steht nämlich in Gefahr, ihr wichtigstes Mitglied, Großbritannien, an die EWG zu verlieren. Die in der EFTA vereinigten Staaten sehen ihren Zusammenschluß in erster Linie als ein Mittel zum Zweck der gegenseitigen wirtschaftlichen Unterstützung an. Bei der EWG hingegen ist das wirtschaftliche Zusammengehen eng verknüpft

mit politischen Bindungen, die die Mitgliedstaaten eingegangen sind und die sie zwingen, Teile ihrer nationalen Selbständigkeit aufzugeben. Was das für unsere alte, eigenwillige und eigenständige Demokratie heißt, liegt auf der Hand: Ein Abweichen von einem politischen Kurs, der sich durch Jahrhunderte bewährt hat. Das werden wir nicht leichtfertig tun. Wir dürfen aber vor der neuen Zeit und ihren neuen Erfordernissen nicht die Augen verschließen. Bundesrat Petitpierre hat das in seiner Rede zum 1. August sehr deutlich formuliert: „Wir gehören zu Europa, wir bekennen uns zur abendländischen Kultur und zum Christentum. Um diese Werte geht es heute, und mit ihrem Schicksal steht auch unseres auf dem Spiel. Die Zeiten sind vorbei, da wir unsere internationale Tätigkeit auf die Erfüllung humanitärer Aufgaben beschränken konnten." Wie wir diese Aufgabe anpacken sollen, ohne unsere Eigenart aufzugeben und uns selber untreu zu werden, das wird unsere Regierung noch vor kniffflige Fragen stellen.

Am 1. Februar 1961 jährte sich zum neunzigsten Mal der Übertritt der Bourbaki-Armee in die Schweiz. Die in der Schlacht vom 15. bis 17. Januar 1871 von den Deutschen geschlagene Ostarmee Frankreichs überschritt bei Les Verrières die Schweizer Grenze. Nach einem Selbstmordversuch General Bourbakis unterhandelte der schweizerische General Herzog mit dem französischen General Clinchant in dem Hause in Les Verrières, das unser Bild zeigt, über die Internierung der Franzosen.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Einen ersten Schritt in dieser Richtung bedeutet bereits der Beitritt der Schweiz zur OECD (Organisation for Economical Cooperation and Development, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Dieser internationale Zusammenschluß umfaßt neben den wichtigsten europäischen Staaten auch die USA und Kanada. Er setzt sich zum Ziel, seinen Mitgliedern möglichst günstige Wirtschaftsentwicklungen zu ermöglichen, ferner auch das gesunde wirtschaftliche Wachstum von Nichtmitgliedstaaten, insbesondere der sogenannten Entwicklungsländer, zu fördern und zu einer allgemeinen Ausweitung des Welthandels beizutragen. Zu beachten ist, daß die Mitgliedschaft jederzeit unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr gekündet werden kann. Der offizielle Beitritt der Schweiz erfolgt im Sommer 1961. Vielleicht ergeben sich aus der Zusammenarbeit in diesem Verband sogar neue Möglichkeiten in bezug auf einen Zusammenschluß von EWG und EFTA.

Innenpolitisch verlief das Jahr sonst ohne große Erschütterungen. Ein hervorstechendes Ereignis war der unwiderrufliche Entschluß von Bundesrat Petitpierre, auf den 30. Juni 1961 zurückzutreten. Der mit seinen 62 Jahren noch nicht im Pensionsalter stehende Bundesrat möchte sich nach fast 17jähriger Tätigkeit zurückziehen, um sich noch einige Jahre in der Privatwirtschaft zu betätigen. Mit ihm verliert die schweizerische Regierung einen Staatsmann, der sich großes Vertrauen, nicht nur bei allen Parteien in der Schweiz, sondern auch in den Regierungen des Auslandes erworben hat. Gefühle der Dankbarkeit des ganzen Schweizervolkes werden diesen großen Diener des Staates am 30. Juni in seinen neuen Aufgabenkreis begleiten.

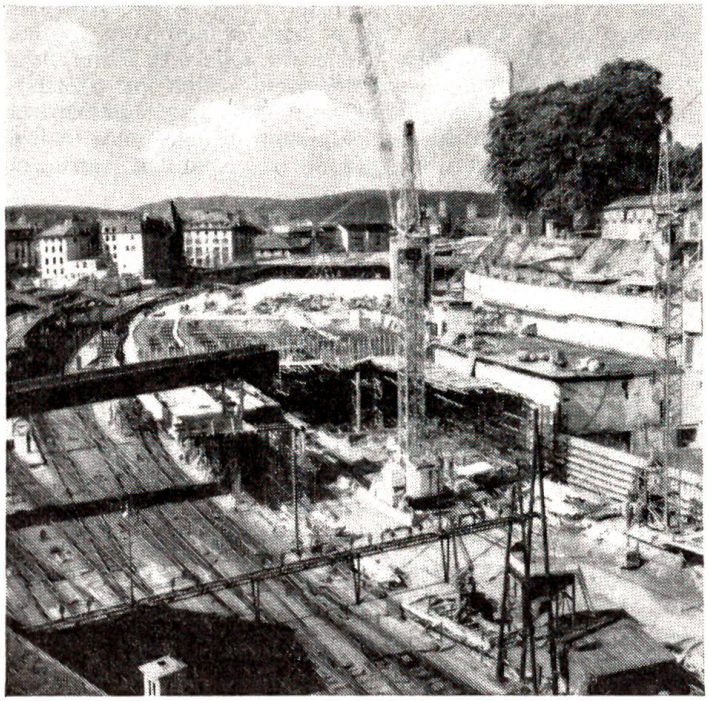
*

Daß die Schweiz kein abgeschlossenes Land der Hirten und Jodler mehr ist, wie das naive Leute gerne noch glauben, zeigte auch im vergangenen Jahr wieder die rege Spionagetätigkeit, die

in unserem Land entfaltet wurde. Dabei handelte es sich nicht nur um Spionage gegen die Schweiz, um das Ausspionieren unserer Wehreinrichtungen und -organisationen. Vielmehr ist die Schweiz durch ihre zentrale Stellung im Herzen Europas ein günstiger Umschlagplatz und Knotenpunkt für die internationale Spionage. Der Wachsamkeit unserer Behörden gelang die Aufdeckung verschiedener solcher Spionageorganisationen, die oft unter der Tarnkappe des Diplomaten ihre Tätigkeit ausüben. So wurden unter anderem zwei Funktionäre der französischen Botschaft an die Grenze gestellt; ein russischer Botschaftsangestellter mußte die Schweiz verlassen (was Rußland zum Anlaß nahm, um ohne jeden Grund unsern Botschaftssekretär in Moskau auszuweisen), und drei Tschechen wurden heimgeschickt. Im letzten Fall handelte es sich um Spionage gegen die Schweiz, und es mußte auch ein Schweizer verhaftet werden. In unserer Gutgläubigkeit und mit dem Argument „das ist den Oststaaten ja ohnehin alles bekannt", sind wir noch viel zu oft bereit, militärische Dinge auszuplaudern, die für fremde Mächte interessant und von Nutzen sind. Vermehrte Selbstkontrolle würde uns in dieser Hinsicht nicht schaden.

*

Und nun noch in Kürze einige Ereignisse, die festzuhalten der Chronist sich nicht versagen kann. Das Jahr 1960 brachte dem Radio seit 1935 die größte Zunahme an neuen Hörern, nämlich 57 000, so daß heute fast 1,5 Millionen Schweizer Radio hören. – Der lange erwartete Entscheid des Bundesrates in der Frage des Standortes der neuen Fernsehstudios ist endlich gefallen: Genf, Lugano und Zürich werden die Glücklichen sein. Im übrigen marschierte das Fernsehen kräftig voran, zur Freude der seit 1961 dreiköpfigen Spitze der PTT. Der zum Weltpostdirekor ernannte Generaldirektor Weber ist nämlich durch drei Generaldirektoren, die Herren Wettstein, Tuason und Ducommun ersetzt worden, die jeder ein Departement verwalten: Das Telephon- und Telegraphendepartement, das Postdepartement und das Finanz- und Hochbaudepartement. – Die Bundesbahnen verzeichneten Rekordeinnahmen wie noch nie und stellen heute in Europa wohl die einzige Staatsbahngesellschaft dar, bei der die Einnahmen die Ausgaben übersteigen.



Der Bahnhofneubau in Bern

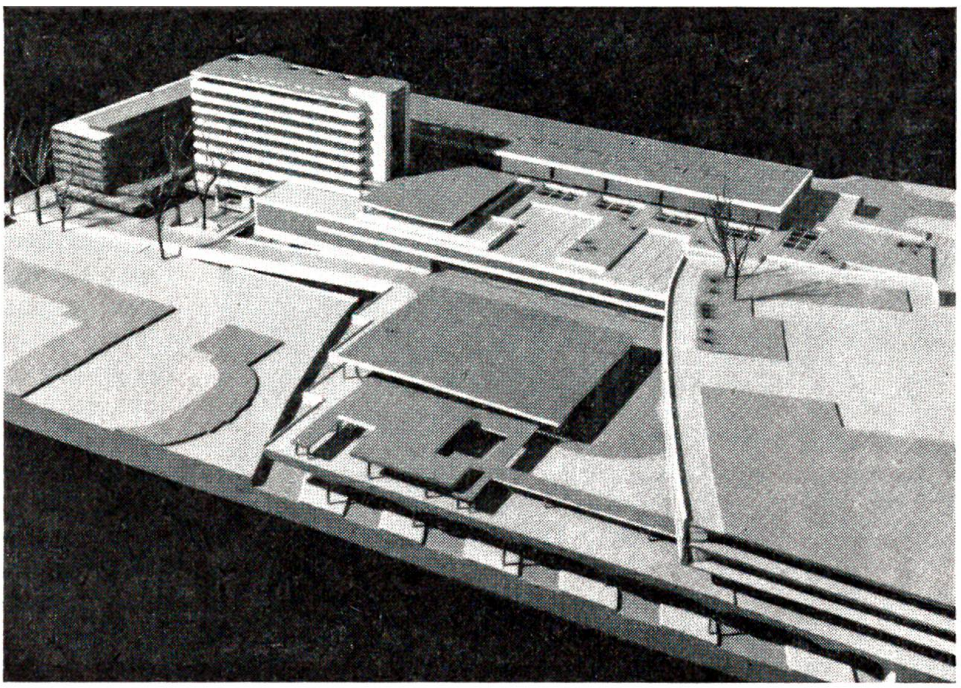
Unser Bild, aufgenommen vom neuerbauten Stellwerkturm Richtung Lorrainebrücke, zeigt den Stand der Bauarbeiten Ende Mai 1961. Im Mittelgrund erkennt man die alte Passerelle, deren Ende ungefähr angibt, wie weit die nunmehr abgetragene Große Schanze sich früher erstreckt hat. Im Hintergrund links die Häuser, die im Sommer 1961 abgebrochen wurden, um den Postbetriebsgebäuden Platz zu machen.

Photo W. Rydegger, Bern

Die eidgenössische Volkszählung, die auf Grund eines Gesetzes aus dem Jahre 1860 alle zehn Jahre durchgeführt werden muß, fand am 1. Dezember 1960 statt. Ca. 30 000 Zähler waren am Werk und ermittelten mit einem Kostenaufwand von gegen 10 Millionen Franken eine um 11,4% höhere Bevölkerungszahl als 1950, nämlich 5 429 061 Einwohner. Bern mußte seine seit 1848 unangetastete Stellung als volksreichster Kanton (889 523 Einwohner) an Zürich (952 304 Einwohner) abtreten.

Immer schneller und immer besorgniserregender verlief auch im Berichtsjahr der

sogenannte Ausverkauf der Heimat, so daß sich die Bundesversammlung genötigt sah, auf den 1. April 1961 den umstrittenen und wegen seiner freiheitsbeschränkenden Wirkungen unsympathischen „Bundesbeschluß über die Bewilligungspflicht für Grundstückkäufe von Personen im Ausland" in Kraft zu setzen. Das Problem ist schwer zu lösen. Schon die Frage, ob die Gefahr einer Überfremdung besteht oder nicht, wird nicht überall positiv beantwortet. Wenn es gelingt, die zum Teil mit Auslandgeld wirklich maßlos geförderte Spekulation im Grundbesitz einzudämmen, wäre das zwar erwünscht; aber ob der gewählte Weg der richtige ist, bleibe heute noch dahingestellt.



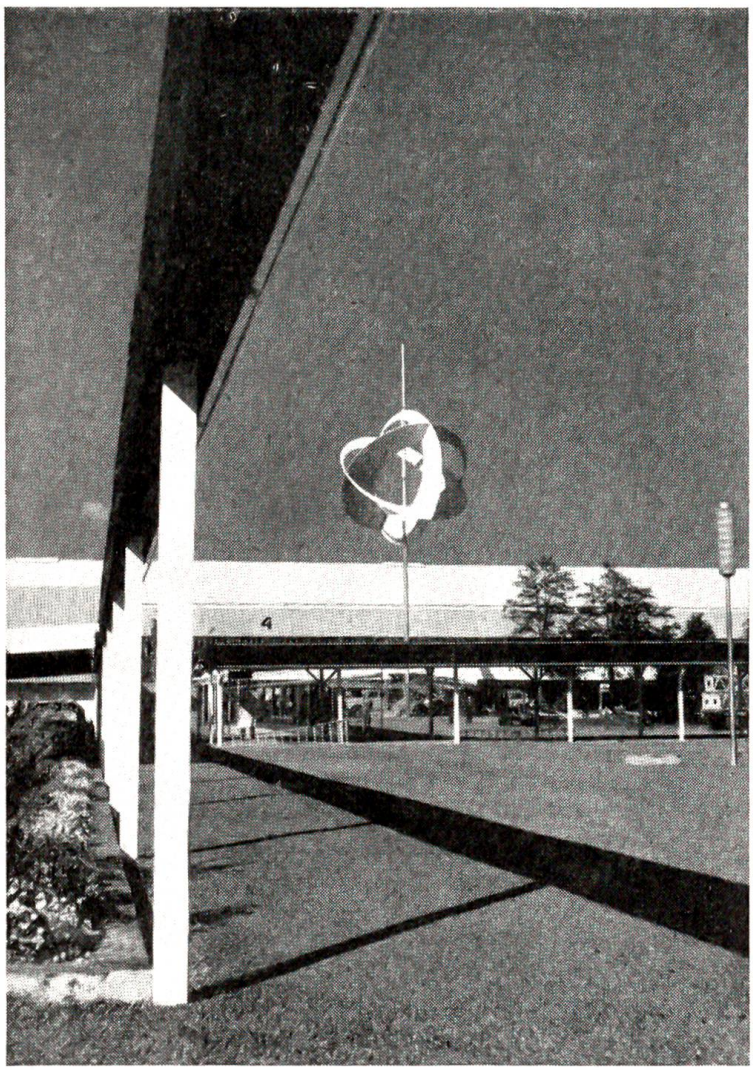
Der Bahnhofneubau in Bern

Unser Bild zeigt das Modell der geplanten Postbetriebsgebäude, mit deren Erstellung 1961 begonnen wurde. Am untern Bildrand erkennt man die sechs überdachten Perrons. Die quadratischen Dächer in der Mitte des Bildes gehören zur Postautostation, während sich rechts davon, noch einmal eine Etage höher, die Parkterrasse befindet. Hinter dem langgestreckten niedrigen Gebäude im Bildhintergrund verläuft die Schanzenstraße, mit der neuen, hier nicht sichtbaren Schanzenbrücke. Das achtstöckige Bürohaus links wird das Postzollamt, das Postcheckamt, die Kreispostdirektion und einige Dienstwohnungen aufnehmen. Das Gebäude ganz links im Hintergrund ist ein an der Stelle des ehemaligen Francke-Hauses errichtetes privates Bürogebäude.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Ende März wurde die Armeereform in Kraft gesetzt, doch sind die Auswirkungen der neuen Beschlüsse so weittragend, daß die Durchführung der Reformen Jahre beanspruchen wird. Kurz gesagt geht es um die Schaffung einer besser beweglichen, kleineren und jüngeren Armee, wobei die älteren Jahrgänge ein weites Wirkungsfeld im dringend notwendigen Zivilschutz finden werden. Am Milizsystem wurde zu Recht nicht gerüttelt und in der Frage der Abschaffung der Kavallerie einigte man sich wohl zum letztenmal auf einen freundeidgenössischen Kompromiß, indem ein kleiner Teil dieser Truppe beibehalten wurde.

Auch im Berichtsjahr blieb die Schweiz von Katastrophen nicht verschont. So mußten am 10. Februar zehn Schüler der Kantonsschule Glarus bei einem Lawinenunglück auf der Lenzerheide ihr Leben lassen. Ebenfalls im Februar brannte das Hotel Rigi-Kaltbad bis auf den Grund nieder, wobei elf Personen in den Flammen umkamen. Überhaupt fand das Feuer im Berichtsjahr an ältern Hotelbauten reiche Nahrung: Das Hotel Riffelalp brannte völlig aus, das Kurhaus Lüdernalp wurde ein Raub der Flammen, wobei der Wassermangel eine wirksame Löschaktion verunmöglichte, und das Hotel Castell in Zuoz, das hätte renoviert werden sollen, erlitt starken Brandschaden. Im Oktober 1960 war zudem schon das Hotel Bellevue auf dem Pilatus, das Fremdarbeitern als Unterkunft diente, ebenfalls vollständig durch Feuer vernichtet worden. Zum



Im Sommer 1961 beherbergte Bern wieder einmal eine bedeutende Ausstellung: die HYSPA (Ausstellung für Gesundheitspflege, Turnen und Sport).

Photo W. Nyddgger, Bern

Glück waren außer auf dem Rigi keine Todesopfer zu beklagen, da die Hotels zum Teil leerstanden. Diese Serie von Hotelbränden zeigt aber doch, daß unsere Vorschriften für die Brandverhütung in solchen Gebäuden entweder ungenügend sind oder nicht genügend beachtet werden, so daß zu erwarten und zu hoffen ist, daß in dieser Beziehung nun scharf durchgegriffen wird.

Eine alpinistische Großtat aus dem März 1961 sei noch erwähnt. Unter Führung des Deutschen Toni Hiebeler, erstieg eine Viererseilschaft in sieben Tagen und sechs Nächten zum erstenmal im Winter die Eigernordwand. Die für diese Jahreszeit außerordentlich günstige und sichere Wetterlage trug wesentlich dazu bei, daß das Unternehmen gelingen konnte. Die Bergsteiger hatten sich aber auch äußerst sorgfältig auf die Fahrt vorbereitet, so daß jedenfalls von einem leichtfertigen Abenteuer nicht gesprochen werden kann. In der Folge entspann sich allerdings ein unschöner Streit um diese Besteigung. Die Seilschaft hatte nämlich behauptet, die ganze Wand in einem Mal bezwungen zu haben; nachträglich konnte man ihr aber nachweisen, daß sie schon am 27./28. Februar die ersten 400 Höhenmeter der Wand bezwungen hatte. Infolge schlechten Wetters gaben die Bergsteiger aber diesen Versuch auf, ließen das Material in einem Biwak und zogen sich durch ein Stollenloch der Jungfraubahn zurück. Durch dieses selbe Stollenloch begaben sie sich eine Woche später wieder in die Wand, um die Besteigung fortzusetzen, wobei sie sich also 400 Meter Wandhöhe mit dem schweren Materialtransport sparen konnten. Nicht diese Tatsache, die der alpinistischen Glanzleistung keinen Abbruch tut, war peinlich, sondern daß die Seilschaft nach Abschluß der Besteigung bewußt die Wahrheit verschwieg, bis sie sie unter der Last der Beweise doch zugeben mußte. Aber offenbar sind auch Bergsteiger nur Menschen.

Das schlechte Wetter im Sommer und Frühherbst 1960 führte zu großen Ausfällen in der Getreideernte. Der Bund mußte mit namhaften Beiträgen einspringen, um ausgewachsenes Getreide zu übernehmen. Auch die Tabakpflanzer hatten ihre Sorgen, soll doch gegen ein Viertel der Ernte vom Graupilz vernichtet worden sein. Nach dem hervorragenden Jahrgang 1959 mußten sich unsere Weinbauern 1960 mit einer etwas geringeren Qualität zufriedengeben. Nur der Fremdenverkehr ließ sich vom schlechten Wetter nicht beeinflussen, und fast alle Stationen meldeten

neue Rekorde in der Bettenbesetzung. Hoffentlich haben die ausländischen Gäste, die 1960 zwei und drei Wochen Regenferien erwischt haben, das nicht der Schweiz in die Schuhe geschoben und kommen 1961 wieder in gleicher Zahl.

Der „Hinkende Bot" als Adreßbuch vor 239 Jahren

Hans Glatz aus dem Eggiwil ließ im Jahre 1722 eine Schrift über die Zehntstreitigkeiten seiner Gemeinde mit der Obrigkeit drucken und griff darin die Gnädigen Herren heftig an. „Er habe dann seine Druckschrift an alle XIII Ort Loblicher Eydtgnoßschafft außgeschickt und an dero Oberhäupter, deren Namen er aus dem Hinkenden Bott-Kalender abgesehen habe."

(Turmbuch der Stadt Bern B. IX. 489/25 vom 2. Dezember 1722.)

Komplizierte Verwandtschaft. „Ist Egon mit Ihnen verwandt?" – „Ja. Er ist der dritte Mann der zweiten Frau meines ersten Gatten."

Vorsicht. „Fritz hat unsere Hochzeit schon wieder hinausgeschoben." –„Da würde ich unbedingt Schluß machen. Ein Mann, der sich zur Heirat schwer entschließt, macht nachher bei der Scheidung endlose Schwierigkeiten!"

Allerdings. „Wie würden Sie einen Mann nennen, der sich hinter dem Rock seiner Frau versteckt, Herr Doktor?" – „Einen Zauberer, gnädige Frau!"

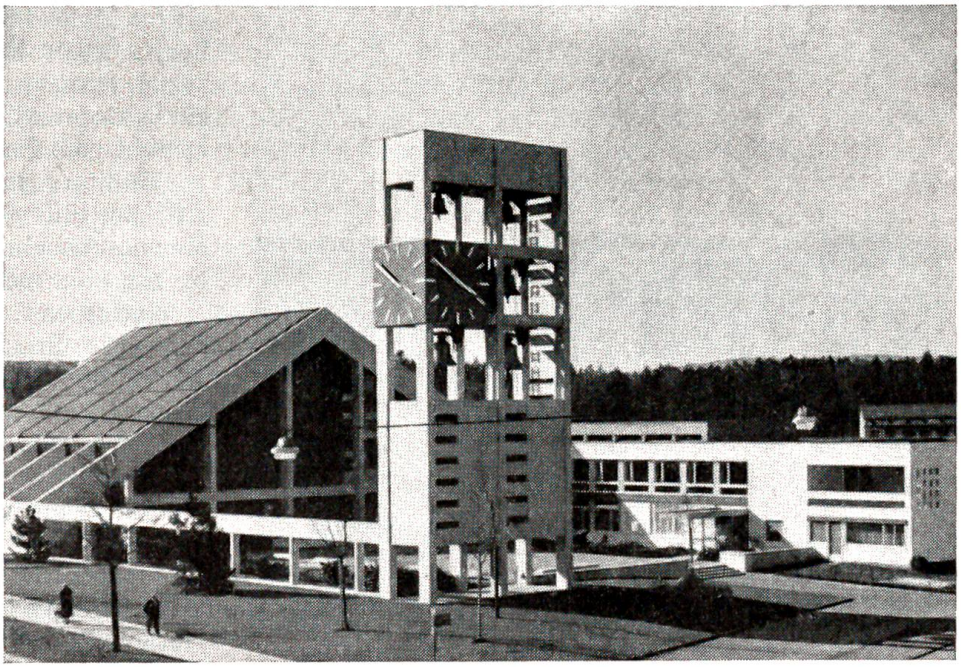
Überraschung. „Nun, wie war es an deinem Geburtstag?" – „Mein Mann hat mich diesmal wirklich überrascht!" – „So? Mit wem denn?"

Bernard Shaw im Hotel. Als Bernard Shaw einmal in London weilte und sich in das Gästebuch des Hotels, in dem er abgestiegen war, eintrug, sah er folgenden Eintrag: „Lord M. mit Diener." Bernard Shaw schmunzelte, dann setzte er darunter: „Bernard Shaw mit Koffer."

Oha! „Du bist so niedergeschlagen, lieber Freund. Hast du Ärger gehabt?" „Ich habe meiner Frau, die im vorigen Monat verreist war, erzählt, daß ich jeden Abend zu Hause gewesen sei. Heute kam die Lichtrechnung: 85 Rappen."

Im Polizeibureau. „Ich habe gestern den Diebstahl meiner Uhr angezeigt. Es war ein Irrtum. Die Uhr hat sich gefunden." – „Bedaure", erklärt der Beamte, in den Akten blätternd, „der Dieb ist bereits verhaftet."

Rache. „Maxchen, kommt deine Schwester heute nicht? Ich warte schon eine Stunde." – „Sie hat mich gehauen und ich hab' ihr dafür ihr Gebiß versteckt!"



Die neue Kirche von Bethlehem bei Bern.

Photo Paul Pulver, Bern